



## Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

### Reform der Gemeindefinanzen

Drucksache 15/ 2823; 15/2826

Der Landtag wolle beschließen:

**A.** Die Landesregierung wird aufgefordert,

im Bundesrat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbreiterung der Gewerbesteuergrundlage abzulehnen, in dem die freiberuflich Tätigen in die Gewerbesteuer einbezogen werden sollen, und sich stattdessen dafür einzusetzen, dass

1. es zu einer sofortigen Absenkung der Gewerbesteuerumlage kommt,
2. das Konnexitätsprinzip ins Grundgesetz aufgenommen wird,
3. die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer stärkeren Entlastung der Kommunen führt als dies bisher von der Bundesregierung vorgesehen ist,
4. der Bund den vollständigen Kostenausgleich bei der Grundsicherung übernimmt.

**B.** Die Landesregierung wird aufgefordert, die von ihr selbst verursachte Schwächung der Finanzlage der kommunalen Ebene in Schleswig-Holstein zu korrigieren:

1. Keine weiteren Entnahmen aus den Finanzmitteln der kommunalen Ebene zur Finanzierung des Landeshaushalts.
2. Stärkung der Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.
3. Sachgerechte und transparente Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs.
4. Zügige Umsetzung der Funktionalreform.
5. Stärkung der kommunalen Entscheidungskompetenz durch Reduzierung und Öffnung von Vorschriften und Standards.

**C.** Die Landesregierung wird aufgefordert, Modelle für den Ersatz der derzeitigen Gewerbesteuer im Zuge einer Reform der Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer bei gleichzeitiger Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen den politischen Ebenen vorzulegen.

**Peter Lehnert  
und Fraktion**